



1. **Parlament und Presse schweigen -
Heute, am Freitag 27. November 2015, tanzen wir in den Krieg**
Seite 2
2. **Wie Sie auf die Ereignisse von Paris zu reagieren haben!**
Seite 5
3. **Was zu Asyl und Flüchtlingen noch gesagt werden darf -
„Neue deutsche Medienmacher“ als Sprachpolizisten**
Seite 8
4. **Auch Deutschland sollte die Burka verbieten**
Seite 11

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

mit Entsetzen und Schrecken haben wir alle die Serie fürchterlicher Terror-Angriffe vom Freitag, 13. November 2015 in Paris zur Kenntnis nehmen müssen.

Diese abscheuliche Tat, unschuldige Zivilisten zu töten und zu verletzen, empört uns alle.

Unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl gilt den Opfern
und vor allem den betroffenen Angehörigen.

Wir werden in unseren Gebeten der Opfer gedenken
und wünschen den Verletzten eine rasche Genesung.

Auch den Schmerz und Kummer der hinterbliebenen Angehörigen schließen
wir in unser Gedenken ein, möge Gott ihnen Trost schenken!

Keine Religion und keine politische Überzeugung kann genutzt werden,
um diese monströsen Terror-Angriffe zu rechtfertigen.

Mögen die Schuldigen schnell ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

"Je suis Paris!"

Dieser grausame Terror bedeutet einen Anschlag
auf grundlegende Werte Europas, unserer Demokratie, unserer Gesellschaft,
auf die Presse- und Meinungsfreiheit, auf Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit,
auf die Freiheit der Kunst und die Religionsfreiheit.

Dieser Angriff bestärkt uns in der Überzeugung,
dass die offene Gesellschaft schutzbedürftig und schützenswert ist.

Er bestärkt uns in dem Streben, aktiv für Demokratie und Freiheit,
Toleranz und Weltoffenheit und ein friedliches Miteinander einzutreten.



1. **Parlament und Presse schweigen - Heute, am Freitag 27. November 2015, tanzen wir in den Krieg**

Heute wird getanzt. Heute ist Bundespresseball im Adlon. Es wird sehr schön werden für die rund 2300 Gäste. „Zu der politischen Prominenz gehören u. a. auch Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der durch den Hintereingang kommt, Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und der FDP-Vorsitzende Christian Lindner. Auch AfD-Chefin Frauke Petry lässt sich den Ball nicht entgehen.“ Quelle WAZ Online

Berlin, schlafende Stadt. Die Ganz Große Koalition (GGK) der im Bundestag vertretenen Parteien hat das Land paralyisiert; Journalisten spielen mit und tanzen. **Fragen? Keine.**

Am Freitag, 27. November war Bundespressekonferenz, die vom Deutschlandfunk und der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert wurde. Über neue Formate der Politik ging es, um Lügenpresse, neue Medien und lauter solche Sachen, die meist in die Frage mündeten: Warum werden wir nicht mehr gelesen, warum wenden sich die Menschen von der Politik ab?

Und dann war da auch die tägliche Pressekonferenz des Regierungssprechers und der Sprecher der Ministerien mit den Parlamentsjournalisten. Quelle bundespressekonferenz.de

Eigentlich ein aufregender Tag. Deutschland stolpert in den Krieg. Klar, erst nur ein paar Aufklärer und eine Fregatte. Da muss sich die „Marine des IS“ aber fürchten. Aber Krieg ist Krieg. Und die fangen immer mit Scharmützeln an. Es gibt kein Mandat, keinen Parlamentsbeschluss, kein Kriegsziel, keine Strategie, keine Klarheit darüber, was da eigentlich von wem bombardiert wird.

Da muss man sich schon fragen wie eine planlose Regierung der Bundeswehr schadet. Deutschlands Einsatz im Kampf gegen den IS ist militärisch fragwürdig. Die sicherheitspolitische Konzeptlosigkeit der Bundesregierung ist aber auch problematisch. Sie schadet der Bundeswehr.

Eigentlich viele Fragen. In der Bundespressekonferenz wurde zunächst keine einzige dazu gestellt. Man wollte sich vor ausländischen Gästen keine Blöße geben. Also hat sich einer zu einer harmlosen Pro-forma-Frage bereit erklärt, drei oder vier wurden es dann, „man muss es ja nicht künstlich in die Länge“ ziehen, beendete der Vorsitzende. Immerhin.

Nun kann man sich ja freuen oder nicht freuen darüber, dass Deutschland sich militärisch beteiligt. Darum geht es aber gar nicht.

Es überrascht, dass deutsche Journalisten nicht einmal mehr Fragen stellen. Nur eine Einzige.

Das scheint die Grundhaltung der Medien zu sein.

Keine Fragen! Eine lähmende Stille liegt über Berlin.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 27. November 2015



Wenn hunderte Milliarden für die jeweils jüngste Euro-Rettung verabschiedet werden – zwei knappe Stunden Debatte, eine langweilige Pflichtveranstaltung, in der als einziger Kritiker der Abgeordnete Willsch 5 Minuten widersprechen darf, damit es nicht gar so nach Volkskammer im Reichstag riecht.

Und das ist schon gut.

Flüchtlingskrise? Das Parlament debattiert nicht, das Parlament schweigt.

Journalisten vergeben Haltungsnoten: Durfte Seehofer auf dem CSU-Parteitag die Kanzlerin erstens kritisieren (geht ja gar nicht) und zweitens sie sogar zum zuhören veranlassen (geht ja schon überhaupt nicht).

Inhalt? Keine Debatte.

Und jetzt also ist Krieg. Und wiederum debattiert niemand, nicht einmal die simpelsten Fragen werden gestellt: Wie viele Soldaten, auf welcher Rechtsgrundlage, was sagt das Parlament dazu, wo ist das UN-Mandat usw. ...

In der Haushaltsdebatte – die Oppositionsparteien werfen Wattebäusche. Zeitungen freuen sich, dass Dietmar Bartsch und CDU-Fraktionschef Volker Kauder nett miteinander umgehen; schön, dass wir uns alle lieb haben.

Kritische Fragen im Parlament? Keine.

Der politische Journalismus ist dem Parlamentarismus in diesem Land längst in den Winterschlaf gefolgt.

Das Land wird von einem Art Nudging (Methode, das Verhalten von Menschen auf vorhersagbare Weise zu beeinflussen,) regiert; Sprüche sollen das Land führen.

An diesem Tag erklärten 40 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen den Notstand, sie können einfach keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Die Hotels, die Jugendherbergen, alle verfügbaren Turnhallen sind voll.

Fragen? Keine.

Die Zahl der wilden Zuwanderung ist allein im November auf 180.000 angestiegen; auch ohne die unbekannte Zahl von mindestens 290.000 abgetauchten Migrantinnen ist also die Millionenzahl überschritten.

Debatte? Keine.

Mittlerweile wissen wir, dass es nicht nur um die Zahl der Zuwanderer geht. Sie sind ja nur die Vorhut. Der Familiennachzug wird zu einigen Millionen Einwanderern führen. Es kursieren wilde Schätzungen. Mindestens 3 oder 5 Millionen, aber auch die Zahl von 10 Millionen ist nicht aus der Luft gegriffen.

Debatte? Keine.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 27. November 2015



Wir schaffen das. Aber wie schaffen wir das?

Darauf gibt es keine Antworten.

Keine Antwort darauf, wo und wie und von wem die Stadt in der Größe Münchens gebaut werden soll, die man dafür braucht, oder sind es sogar 2 München?

Wo gibt es denn die Millionen Arbeitsplätze für Menschen, die die Sprache nicht beherrschen und auch ansonsten kaum verwertbare Ausbildung und berufliche Erfahrung mitbringen?

Bislang hat nur Heribert Prantl von der SZ darauf eine Antwort, nämlich ärmliche Landwirtschaft in Ostdeutschland; der Herr ignoriert, dass wir im Jahrtausend der Mähdrescher leben und nicht der Schnitter, Sensen und Sichel.

Dabei geht es nicht gegen Flüchtlinge. Es geht um die soziale Sicherheit in diesem Land, um Wohlstand für Alle. Der ist in Gefahr, weil eine Million Hartz IV-Empfänger vermutlich an die 50 Milliarden Euro kosten.

Die werden nicht oben eingespart, die werden unten fehlen, da, wo auch die Wohnungen längst knapp und die Schulen zu knapp mit Lehrern und Lehrmitteln ausgestattet sind.

In diesem Herbst fehlen in Nordrhein-Westfalen 3.500 Lehrer – noch ohne Flüchtlinge gerechnet. Wann kommen die 5.000 Lehrer, die das Land braucht?

Sie werden nicht kommen. In Frankfurt wurde ein Drittel der Kurse in den Oberstufen gestrichen; Frankfurt spart. Das Bildungsniveau sinkt.

Aber heute (27. November 2015) wird nicht gefragt. Heute wird getanzt. Heute ist Bundespresseball im Adlon. Es wird sehr schön werden.

Nur leider werden alle Taschen am Eingang geöffnet und auf die Stufen geleert. Die Wirklichkeit dringt leise ein in eine Stadt und in ein politisches System, das in sich selbst ruht und schläft und in dem zwei Dinge fehlen: Kritische Presse und ein ebensolches Parlament.

Wer Fragen stellt, stellt nicht die Flüchtlinge in Frage, sondern stellt die berechnete Frage nach dem sozialen Frieden in unserem Land.



2. Wie Sie auf die Ereignisse von Paris zu reagieren haben!

Die Dämonisierungstechnik des Establishments im Kampf gegen Rechts ist verdächtig und macht die Dämonisierer verdächtig. Der notwendige demokratische Kampf gegen Rechts geht anders.

Hass auf Deutschland

Es sind die grün-roten Fanatiker, die seit Jahrzehnten mit allen Mitteln die Gesellschaft und das System und die Tradition bekämpfen und die wie süchtig Menschen von außen regelrecht importieren wollen, dabei den Zuwanderern gleichzeitig jede Chance nehmen eine positive neue Identifikation aufzubauen.

Das ist Desintegration in reinsten Unkultur und das ist Schüren von Hass bereits beim Grenzübertritt der Einwanderer, die oft genug von allzu vielen NGOs schon lange vor dem Betreten des Landes in eine Anti-Haltung indoktriniert werden und zwar in ein übermäßiges Anspruchsdenken hinein und gleichzeitig in eine Ablehnung der auch für sie tatsächlich nicht mehr zu erkennenden Werte der sogenannten aufnehmenden Gesellschaft.

Aus politisch korrektem Munde hört man seit Jahrzehnten von morgens bis abends, was die deutsch-deutsche Gesellschaft zu tun und zu erbringen hätte und wie sich die deutsche Gesellschaft anzupassen hätte.

Von der Bringschuld der Einwanderer, sich positiv an die neue Heimat anzupassen und ihren Teil der Integrationsleistung zu erbringen, hört man nur wenig im öffentlichen Raum.

Diejenigen, die jetzt die Fortsetzung der tatsächlich seit Jahrzehnten geführten Desintegrationspolitik, die erkennbar mit dem falschen Etikett „Integration“ zugeklebt wurde, propagieren, erschweren Integration und Terrorismusbekämpfung oder machen sie sogar unmöglich.

Die stumpfsinnige und dumpfe in Politik und Medien betriebene Meinungsmache alles Fehlverhalten aus migrantischen oder Zuwandererkreisen im öffentlichen Diskurs zu unterdrücken, weil eine klare Benennung der Fakten nur Wasser auf die Mühlen imaginierter rechtsradikaler Kreise wären, rundet das Bild der Verirrsinnigung der Politik ab.

Allein die Tatsachen, nur die Realität können Basis einer erfolgreichen Integration und selbstverständlich einer erfolgreichen Terrorismusbekämpfung sein.



Das biblische Prinzip des Hinhaltens der zweiten Backe

Einmal unterstellt, dass Hollande, der jetzt auch die UNO einschalten will, mit seinen westlichen Amtskollegen und den Russen und allen anderen Interessierten die Gotteskrieger in der Region in Syrien usw. besiegen könnte, dann würde der gleiche Terror im Westen immer noch weiter laufen.

George W. Bush hat mit seinen Reaktionen auf 9/11 einen Flop in der Terrorismusbekämpfung hingelegt, und Hollande wiederholt derzeit Bushs Fehler, allerdings in potenziertes Form.

Der Anschlag in New York aus dem Jahr 2001 kam von außen. Die Attentäter kamen aus Europa, die Drahtzieher und Finanziere kamen aus Afghanistan und benachbarten Ländern.

Der Anschlag von Paris vom 13. November 2015 kam, von Assistenz aus Syrien abgesehen, direkt aus dem Herzen Europas, wo in mehreren Städten, in mehreren Ländern, alle Milieus, alle operativen Möglichkeiten vorhanden sind, um Terror zu machen. Deshalb liegt die Hauptursache des Terrors, um dessen Bekämpfung allein es gehen kann, von in dem beschriebenen Zulassen und im Fördern der Desintegration.

Während die Anschläge in Paris noch liefen, begann schon die alte Leier, die nachlaufend auch noch viele Journalisten kurbeln, man müsse dem Terrorismus mit dem biblischen Prinzip, dass wir jetzt die andere Backe auch noch hinhalten müssten, die Urheberschaft der Bibel verschweigend, und dem Terror mit Liebe und Versöhnung begegnen müssten.

Wie konkret die gewalttätige „Missionsarbeit“ der Islamisten, die das A und O der Terroristen ist, heruntermoderiert werden soll, das verschweigen die Wichtigtuer und Selbstdarsteller.

Mit anderen Worten, wie sollen Herr und Frau Mustermann ihnen persönlich gar nicht bekannte Islamisten denn nun die Hand zu Liebe und Versöhnung reichen? Ganz praktisch gefragt.

Die deutsche politische Klasse führt indes ihren Showkampf gegen Rechts unermüdlich, nach den Ereignissen in Paris noch einmal verschärft, weiter und relativiert die Taten von Paris, in dem Mittuende bei Pegida oder der AfD unterschwellig als die eigentliche und größere Gefahr behandelt werden als die Terroristen von Paris.

Eine solche Relativierung des symptomatischen Geschehens in Paris legt auch eine weitere Komponente der deutschen Politik offen.

Pegida, AfD und randständige Rechtsaußengruppierungen bis hin zur NPD werden zu den eigentlichen Störenfrieden und Feinden des Westens gemacht, die in Wahrheit die Täter von Paris in den Schatten stellen.

Die Dämonisierungstechnik des Establishments im Kampf gegen Rechts ist verdächtig und macht die Dämonisierer verdächtig.

Der notwendige demokratische Kampf gegen Rechts geht anders.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 27. November 2015



Offenbar verdrängen die Groko wie das gesamte politische Establishment den schweren Frust wegen des eigenen Versagens in der Migrations- und Einwanderungspolitik und versuchen sich darüber zu sanieren, dass sie einen Sündenbock oder besser einen Feind der Menschen, der Bürger kreieren, den sie rechts nennen und der dann böser und teuflischer zu sein hat, selbst noch als die Täter von Paris.

Es werden also „übermächtige“ Gegner kreiert, an denen sich die Groko abarbeitet, um Kampfesgeist und Kampfeshaltung vor sich selber und vor der Öffentlichkeit zu demonstrieren – als Ablenkung von der Tatsache, dass ihr Kampf gegen irgendeinen Islamismus seit Jahrzehnten nicht stattfindet und also zum Scheitern verurteilt ist.

Tierisch ernst und humorfrei

Allen Ernstes haben sich Medien und Politik an zwei nebensächlichen Zweizeilern, einmal des bayrischen Finanzministers Markus Söder und zum anderen des Ex-Spiegel-Mannes und bisherigen Weltkolumnisten Matthias Matussek, abgearbeitet und zwei neue Feinde der Gesellschaft kreiert und dies noch, während 132 Menschen in Paris ermordet wurden, weitere 100 noch um ihr Überleben kämpften und viele weitere Menschen verletzt und traumatisiert wurden.

Beide hatten, Söder bei Twitter, Matussek bei Facebook, anlässlich der Ereignisse in Paris ihre Hoffnung auf eine neue Einwanderungspolitik der Groko ins Spiel gebracht.

Markus Söder soll Anfang des Jahres den Orden wider den tierischen Ernst empfangen. Tierisch ernst und humorfrei hat die Vergabestelle dieses Ordens, der Aachener Karnevalsverein, in Frage gestellt, ob Söder als zukünftiger Ordensträger nach dieser Kurzüßerung noch in Betracht komme. Der Verein kratzte jetzt gerade noch die Kurve und hält nun doch an Söder als Ordensritter 2016 fest.

Für Matussek, der jetzt wegen eines sarkastisch gesetzten „Smiley“ gerade vom Pferd fällt, geht die Sache nicht so positiv aus. Er verliert seinen Journalistenjob bei der Welt. Dass der Journalist Smileys offenkundig gern ironisch setzt, hatte er wenige Stunden vor seinem jetzt inkriminierten Posting gerade bei Facebook erklärt.

Noch sinnfälliger als in dieser Abarbeitung an zwei lächerlichen Statements, die beide das unkontrollierte Betreten der Bundesrepublik durch teils unregistrierte Einwanderer in Hinblick auf die Pariser Anschläge thematisierten, kann das ungewollte Eingeständnis des Totalversagens der Groko und der politischen Klasse in Sachen Einwanderung nicht sein.

Inzwischen wird ein faktischer Einfluss der Taten von Paris auf die reale Politik, auch der Bundesregierung, immer deutlicher.



3. Was zu Asyl und Flüchtlingen noch gesagt werden darf - „Neue deutsche Medienmacher“ als Sprachpolizisten

Wie mit Sprache Politik für unbegrenzte Zuwanderung gemacht wird und Kritiker zu Rechtsextremen abgestempelt werden sollen.

Die Broschüre trägt den Titel: „Glossar der Neuen deutschen Medienmacher – Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland“.

Letzte Woche lag sie in Berlin im Haus der Bundespressekonferenz aus, 3. Auflage vom 1. Oktober 2015. Wer glaubt, der deutschen Sprache nicht mächtig und auf Formulierungshilfe angewiesen zu sein, kann sich bedienen.

Wer nicht weiß, ob seine Terminologie politisch korrekt ist, erst recht.

Quelle interkulturellewoche.de

I als Signal

Die „Neuen deutschen Medienmacher“ sind nach eigenen Angaben „ein bundesweiter unabhängiger Zusammenschluss von JournalistInnen mit und ohne Migrationshintergrund.“

Das große „I“ in Journalistinnen verrät gleich, aus welcher Ecke der publizistische Wind weht.

Weiter heißt es: „Unser Netzwerk versteht sich als Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationshintergrund und tritt für eine ausgewogene Berichterstattung ein, die das Einwanderungsland Deutschland adäquat wiedergibt.“

Was diese Interessengruppe unter einer „ausgewogenen“ Berichterstattung versteht, wird deutlich, wenn man sich mit dem Glossar beschäftigt, das in nüchterner, scheinbar wissenschaftlicher Diktion erklärt, dass der Begriff Asylant „negativ belegt“ sei, und Worte wie Asylantenflut oder Asylantenstrom „von Experten“ als „emotional aufgeladene Angstmacherei“ kritisiert würden.

Die neuen deutschen Medienmacher sagen nicht nur, was man nicht schreiben soll, sie machen auch Vorschläge für eine bessere, das heißt politisch-korrekte Wortwahl:

Zuzug statt Asylantenstrom, Schutzsuchender statt Asylant, Geflüchtete statt Wirtschaftsflüchtlinge.



Politik mit Wortwahl

Natürlich geht es hier gar nicht um die richtige oder falsche Wortwahl. Das Netzwerk will mit Worten Politik machen. Wer sich an das Glossar hält, propagiert allein durch seine Wortwahl eine Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, die den mehr oder weniger unregulierten und unbegrenzten „Zuzug“ von „Schutzsuchenden“ zum Ziel hat.

Demnach steht auch das Wort „Asylmissbrauch“ als „Kampfbegriff von Rechtsextremen“ auf dem Index der verbotenen Begriffe. Hier die trickreiche Begründung: „Hinsichtlich der Begriffe Asylmissbrauch oder Sozialmissbrauch ist zu beachten:

Ein Recht einzufordern bzw. zu beantragen, ist kein Missbrauch, selbst wenn das Begehren erfolglos bleibt. Missbräuchlich ist erst der Betrugsversuch.“

Wenn nach dieser Logik ein Arbeitssuchender aus Mazedonien hierher kommt und Asyl beantragt, obwohl er weder politisch noch aus anderen Gründen verfolgt ist, fordert er nur ein Recht ein. Alles klar? Alles klar!

Noch ein paar Kostproben, was man nicht mehr schreiben und senden soll, wenn man nicht gegen die Vorschriften dieser Spracherzieher verstoßen will. Ausländerkriminalität darf nur für solche Gesetzesverstöße verwendet werden, die ausschließlich von Ausländern begangen werden können wie Visavergehen. Werden Asylbewerber dagegen untereinander gewalttätig, dann ist das „allgemein unter Kriminalität“ einzuordnen.

Die politische Absicht ist klar: Kein Leser soll erfahren, ob „Zugezogene“ straffällig werden oder nicht.

Die Bezeichnung „ausländischer Mitbürger“ wird immerhin als „wohlmeinend“ eingestuft, sogleich aber als widersprüchlich verworfen. Wer aus dem Ausland gekommen ist und inzwischen einen deutschen Pass hat, ist demnach kein Ausländer.

Weiter heißt es: „Soll die nicht-deutsche Staatsbürgerschaft betont werden, ist ausländischer Bürger passender, da beim ‚Mit-Bürger‘ ein unnötiges ‚Othering‘ (Andersartig) stattfindet, d.h. ein Mitbürger ist damit scheinbar anders als ein Bürger.“

Auf die Idee muss man erst mal kommen: „ein unnötiges Othering.“



Asylkritiker sind Rechtsextreme?

Unsere „Medienmacher“ lehnen die Worte Asylkritiker und Asylgegner als „Euphemismen“ (beschönigend) für Rassisten und Rechtsextremisten ab. Heißt das etwa, dass jeder, der die aktuelle Asylpolitik kritisch sieht, automatisch ein Rassist oder Extremist ist?

Das verrät das Glossar nicht; doch man merkt die Absicht. Überdies vermeldet die Initiative einen sprachpolitischen Erfolg: „Die Nachrichtenagentur dpa verwendet die Begriffe Asylkritiker / Asylgegner seit Juli 2015 nicht mehr, weil sie beschönigend sind.“

Na also: Es klappt doch schon ganz gut mit dem „Neusprech“.

Noch ein Beispiel, wie dieses Netzwerk die Sprache in ihrem Sinn zu politisieren versucht. „Illegale Migranten“ oder gar „Illegale“ gehen gar nicht, da Illegalität mit Kriminalität assoziiert werde.

Was aber, wenn sich Menschen tatsächlich illegal im Land aufhalten, was derzeit sicher auf einige Hunderttausend zutrifft? Da wissen die Medienmacher Rat: „illegalisierte Migranten.“

Das heißt übersetzt: Der illegale Zuwanderer ist eigentlich nicht illegal hier, er wird nur zum Illegalen gemacht. Kein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Natürlich ist es das gute Recht von „JournalistInnen mit und ohne Migrationshintergrund“ für eine Asylpolitik nach dem Motto „Lasst alle zu uns kommen“ einzutreten.

Aber wäre es nicht ehrlicher, sich als „Neue deutsche Medienmacher“ zur eigenen politischen Agenda zu bekennen, statt die wahren Ziele hinter dem Schutzschild scheinbar neutraler Sprachkritik zu verbergen?

Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Die neuen deutschen Sprachpolizisten (pardon: PolizistInnen) tarnen sich als gutmeinende Lehrbeauftragte für die Reinheit der deutschen Sprache. Ein nettes, aber allzu durchsichtiges Manöver.

Immer dabei: Der Steuerzahler

Übrigens: Die zuwanderungsfördernde Tätigkeit der „Neuen deutschen Medienmacher“ liegt offenbar im Interesse der Bundesregierung.

Jedenfalls führt das Netzwerk auf seiner Homepage gleich zwei Regierungsinstitutionen als Unterstützter auf: die direkt im Kanzleramt angesiedelte „Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration“ sowie das dem Innenministerium unterstellte „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)“, jeweils mit dem Bundesadler als offiziellem Gütestempel.

Man kann es auch so sehen: Bei den „SprachpolizistInnen“ ist der Steuerzahler mit dabei – als Zahlmeister.



4. Auch Deutschland sollte die Burka verbieten

Ein gutes Urteil: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erklärt Frankreichs Burka-Verbot für rechtens. Die Vollverschleierung verletzt demokratische Prinzipien und die Rechte der Frauen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat die Klage gegen das Verbot der Vollverschleierung in Frankreich abgewiesen.

Das ist eine klare Bekräftigung des Rechts des säkularen demokratischen Staates, die Grundregeln des Zusammenlebens seiner Bürger gegen die Anmaßungen des religiösen, namentlich des islamischen Fundamentalismus zu verteidigen.

Dass die Verteidiger der Burka sich dazu versteigen, die Vollverschleierung – und damit die symbolische Auslöschung weiblicher Identität und Individualität – als ein Menschenrecht zu reklamieren, folgt einer pervertierten Interpretation des Sinns eines solchen Rechts.

Seit langem arbeiten islamische Ideologen daran, die Menschenrechte zu einem Schutzmantel für die Zwangsdurchsetzung des Alleingeltungsanspruches religiöser Gebote umzudeuten.

Nun besitzt die freie Religionsausübung im demokratischen Rechtsstaat tatsächlich einen hohen Rang. Doch sie findet ihre Grenze, wo sie die für alle Bürger gleichermaßen verbürgte Menschenwürde verletzt.

Man muss sich ins Gesicht schauen können

Menschenrechte schützen den Einzelnen nicht nur vor der Willkür des Staates, sondern auch übermächtiger religiöser oder "kultureller" Kollektive. Diese Prinzipien wollen islamische Ideologen systematisch verwirren.

Deshalb geben sie die Vollverschleierung, die zur Stigmatisierung und Ausgrenzung der Frau aus dem öffentlichen Raum ersonnen wurde, als Angelegenheit der "Privatsphäre" aus.

Die Unterwerfung unter religiös verfügte Unterdrückungspraktiken soll so als Ausdruck freier Entscheidung erscheinen. Doch auf diese Verdrehung für sie essenzieller Werte dürfen demokratische Gesellschaften nicht hereinfließen.

Dass sich Menschen gegenseitig ins Gesicht sehen können, ist nicht nur aus Gründen der Identifizierbarkeit unverzichtbar. Es ist auch erste Voraussetzung für zivilisierte Kommunikation und damit für jeglichen demokratischen Diskurs.

Wir sollten daher dem Beispiel Frankreichs und Belgiens folgen und die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit verbieten.

Dieses sollte selbstverständlich auch für Amtspersonen gelten!



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger
Aktuelles zur Völkerwanderung
am 27. November 2015



Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.

*Ich hoffe, mein aktueller Standpunkt zur gescheiterten Asylpolitik wird das Wissen und das Verständnis unseres Zukunftsproblems deutlicher machen. **

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

** Die gemachten Ausführungen zur deutschen Flüchtlingspolitik stellen nur meine Meinung zu diesem Thema dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*